

Regierung kämpft für Reiche und erklärt Frauen den Krieg!



Das Frauenbild der Regierung

**VON CLAUDIA SORGER,
SLP-FRAUENSPRECHERIN**

Ob flexibel beschäftigte Billakassiererin oder Sprachlehrerin mit freiem Dienstvertrag - die Verschlechterungen in der Arbeitswelt treffen Frauen noch härter als ihre männlichen Kollegen. Die Lohnschere zwischen Frauen und Männern ist weiter auseinander gegangen. Einer der Bereiche, wo hauptsächlich Frauen (68%) in schlecht bezahlten Teilzeitjobs arbeiten, ist der Einzelhandel. Die Teilzeitquote im Handel beträgt jetzt schon mehr als 40% und wird in den nächsten Jahren vermutlich auf bis zu 60% steigen. Die Gehälter werden in dieser Niedriglohnbranche damit immer geringer und eine gesicherte Existenz ist gefährdet. Hier hat die Regierung, aber auch die SPÖ bewiesen, wie wenig sie die Interessen der Frauen kümmern. Die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten hat für Frauen im Handel katastrophale Auswirkungen auf Arbeits- und Lebensbedingungen gebracht. Möglich wurde diese Entwicklung in Wien, weil auch die SPÖ in der Frage der

Ladenöffnungszeiten einer Erweiterung zugestimmt hat. Frauen-Stadträtin Brauner lobte die Regelung, die zwei lange Einkaufsabende pro Woche für den "Wirtschaftsstandort Wien" versieht. Wie jene Frauen, die gezwungen sind, bis 21 Uhr zu arbeiten, die Kinderbetreuung organisieren, interessierte sie offensichtlich nicht.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten ließ bei dieser Verschlechterung sogar den verbalen Protest aus. Sie beschränkten sich darauf, auf die Gültigkeit des Kollektivvertrags hinzuweisen - also auf Überstundenregelungen, an die sich heute kaum noch ein Handelsunternehmen hält.

STEUERREFORM - MEHR GELD FÜR DIE REICHEN

Die kürzlich beschlossene Steuerreform ist so wie schon die Neuregelung des Kinderbetreuungsgeldes geprägt von reaktionärer Familienpolitik. Gefördert wird das traditionelle Rollenbild des Mannes als "Familienähniger", da der Alleinverdienerabsetzbetrag daran gebunden ist, dass die Frau entweder gar nicht oder nur

gering erwerbstätig ist. Von Alleinerzieherinnen kann - sofern es zu keiner Erhöhung der Negativsteuer kommt- dieser erhöhte Absetzbetrag erst bei einem monatlichen Bruttoeinkommen von 1.164,- (bei einem Kind) und von 1.209,- (bei zwei Kindern) ausgeschöpft werden. Für alle, die weniger verdienen, ändert sich trotz Kindern nichts.

Mit den 250 Millionen Euro, die die Steuererleichterungen für Alleinverdiene kostet, könnten laut Arbeiterkammer ca. 60.000 Kinderbetreuungsplätze geschaffen und damit der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert werden. Aber in erster Linie ging es darum, die Unternehmen zu entlasten. 2.015 Milliarden Euro Entlastung für die Wirtschaft stehen 975 Millionen Entlastung für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen für 2004 und 2005 gegenüber - obwohl sie die Hauptlast der Belastungen der letzten Jahre zu tragen hatten und nicht die Unternehmen.

KIRCHE & CO GEGEN DAS RECHT AUF ABTREIBUNG

Das Recht auf Abtreibung bleibt

ein heiß umkämpftes Thema - Ausdruck dafür, dass der konservative Umschwung vorangeht. Sowohl der ÖVP-Bundesrat Vincenz Liechtenstein als auch Bischof Aichern forderten anlässlich des 30. Jahrestages des Parlamentsvotums zur Einführung der Fristenregelung, dass "flankierende Maßnahmen" zur Fristenregelung umgesetzt werden. Gemeint ist damit eine verpflichtende Beratung der Schwangeren - nach Möglichkeit unter Einbeziehung des Vaters, die Trennung von Beratung und Durchführung - und mindestens drei Tage Nachdenkpause nach der Beratung. Argumentiert wurden diese Maßnahmen (unter anderem vom Leiter der Landesstatistik Steiermark) mit der "alarmierende demographische Entwicklung auf regionaler und europäischer Ebene".

Bischof Küng sowie Bischof Kappelari mahnten: "Die Abtreibung ist die Schwester der Euthanasie - Anfang und Ende des Lebens sollen in Gottes Hand bleiben!" Die Ausübung der Fristenlösung wird schon seit langem massiv erschwert. Gruppen wie Human Life

international stehen vor Abtreibungskliniken und organisieren Psychoterror gegen Patientinnen. Die Geschichte der Abtreibungsklinik Lucina im 2. Bezirk macht dies deutlich.

KAMPF FÜR FRAUENRECHTE NOTWENDIG

2003 war das Jahr der großen Streiks. GewerkschafterInnen bei ÖBB, Postbus und andere leisteten wichtigen sozialpolitischen Widerstand. Bezeichnend war, dass weder die ÖGB-Frauen noch Gewerkschaften mit einem hohen Frauenanteil eigene Proteste organisierten. Während bei der ÖBB die immerhin Züge standen, ging die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ohne jeglichen Aufschrei über die Bühne. Selbst beim Kampf gegen die Pensionskürzungen gab es kaum Versuche, die prekär beschäftigten Frauen zu organisieren. Eine Bewegung - vor allem von arbeitenden und jungen Frauen - ist nötig! Wir sind überzeugt, dass der gemeinsame Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen, dass gemeinsame Anliegen aller Organisationen der Ar-

beiterInnenbewegung - allen voran die Gewerkschaften - sein muss! Die SLP tritt für eine neue, sozialistische Frauenbewegung ein. Der Kampf um Frauenrechte ist untrennbar mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft verbunden.

VERANSTALTUNG:

Die Regierung erklärt den Frauen den Krieg - Wir wehren uns! Donnerstag, 4. März um 19.30 Bunte Kuh, Zentagasse/Ecke Siebenbrunnengasse, 1050 Wien

DIE SLP AM 8. MÄRZ:

15 Uhr vor STAFA Kundgebung



EUR 1.270.661,--: soviel erhielten laut Geschäftsbericht 2002 die 4 AUA-Vorstandsmitglieder (plus lukrativer Aktienoptionen). EinE FlugbegleiterIn verdient nach 10 Dienstjahren ca. EUR 28.000 im Jahr. Leistet ein Vorstandsmitglied soviel "mehr"? Tragen sie "mehr Risiko"? Mehr "Verantwortung"? Dazu das Manager-Magazin: "Es ist jedoch das Management, das in der Regel die Hauptverantwortung am Niedergang einer Firma trägt. 'In

Leistung Nicht-Genügend
Von Sonja Grusch

90 Prozent aller Fälle', hat der Stuttgarter Insolvenzverwalter Volker Grub festgestellt, ist der 'versagende Unternehmer' Ursache für die Pleite." Nach einer Pleite finden Management, Vorstände und Aufsichtsräte rasch neue, gutbezahlte Betätigungsfelder. Die Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, stehen vor dem Nichts. Wessen Risiko ist höher?

Für ausgediente Manager und Vorstände gibt es Aufsichtsräte. Laut einer Studie der WU Wien beschäftigt sich ein einfaches Aufsichtsratmitglied im Schnitt 7 Tage/Jahr mit dem Unternehmen. Dafür erhält er/sie dann durchschnittlich EUR 6.200 pro Jahr. 885,- für einen Tag Arbeit. Das diese hochbezahlte Tätigkeit oft nicht einmal effizient ist, beweisen die Skandale bei Enron, Libro und Parmalat, die auf "Mangel an Kontrolle" zurückgeführt werden. Was nicht verwunderlich ist, wenn man bedenkt, dass Management, Aufsichtsräte und Vorstände ein stark "verharmeltes" Klientel sind. Nur 7 der 37 Top-Firmen der Wiener Börse sind nicht direkt mit den anderen verbunden.

Vielleicht würde auch in einem Betrieb der in einer Planwirtschaft von ArbeitnehmerInnen selbst organisiert und verwaltet wird, nicht sofort problem- und reibungslos funktionieren. Aber besser als jetzt wäre es in jedem Fall.

Die angeblichen Profis arbeiten mit billigen Taschenspielertricks und die anderen angeblichen Profis bemerken es nicht einmal (Parmalat). Ihr Geld sind sie nicht wert, ihre Leistung ist Nicht-Genügend. Das können die waren ExpertInnen - nämlich die KollegInnen, die täglich die Arbeit machen, die Abläufe und Probleme kennen - auf jeden Fall besser!

Impressum:

Offenlegung lt. §25 des Mediengesetzes
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Die SLP ist eine politische Partei, deren Vertretung nach Außen durch Bundesredakteur Mag. Sonja Grusch erfolgt. Die Redaktion der Zeitung Vorwärts hat John Evers inne. Grundlegende Richtung: Sozialistische Information im Sinne der Programmatisik der SLP.
Auflage: Entsprechend der Thematik unterschiedlich.
Sitz der Partei: 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11;
Weiters zu 100% im Bestitz der SLP befindet sich die sozialistische Gewerkschaftszeitung "Die Einheit".
Druck: Druckerei Fiona, Wien;
Herstellungs- und Verlagsort: Wien;
DVR: 0820202 Zulassungsnummer: 327808W97

Landtagswahlen am 7. März:

Neoliberale Show in Salzburg



Ob die zum SPÖ-"Superwoman" stilisierte Gabriele Burgstaller (www.gabi.at!), Politikersohn Haslauer (ÖVP), Cyriak "Robin" Schwaighofer (Selbstdefinition, Grüne) oder gar Karl Schnell (Hump, FPÖ) - die Peinlichkeit ihrer Wahlkämpfe wird nur durch den neoliberalen Konsens der Parteien und KandidatInnen übertroffen. Vor allem die SPÖ ist bemüht klar zu machen, dass bei einem - nicht unwahrscheinlichen - Machtwechsel, die großen Konzerne bestens bedient werden.

VON JAN RYBAK,
SLP-SALZBURG

Fast 13.000 Menschen sind in Salzburg arbeitslos, rund die Hälfte davon ist jünger als 25 Jahre. Im vielleicht reichsten Flecken Österreichs gelten laut Arbeiterkammer 50.000 Menschen als armutsgefährdet und 23.000 als arm. Die Wohnungsnot ist vor allem in der Stadt Salzburg drückend: 3.700 Personen sind zur Zeit offiziell auf der Suche nach einer Bleibe. Verantwortlich für diese Zustände sind gleichermaßen ÖVP und SPÖ. Vor allem in der Landeshauptstadt Salzburg zeigen es die dort regierenden Sozialdemokraten unter Bürgermeister Schaden, dass sie es auch nicht besser machen. Der Wahlkampfauftritt der SPÖ

war an Peinlichkeit nicht zu überbieten: Zu "Ganz Paris träumt von der Liebe" tanzte "unsere Gabi" Burgstaller. Nicht fehlen durfte auch Niddl von Starmania. Jetzt fragt sich mensch nur was "Niddl von Starmania" für sozialdemokratische Inhalte vermittelt. Oder ist Starmania etwa schon sozialdemokratische Politik?

DIE ETABLIERTEN

"Wenn ein Konzern beschließt, seinen Standort in Salzburg aufzubauen, wird er hinten und vorne behindert ... Den Industriestandort stärken, bedeutet auch, dass das Land die wesentlichen Forderungen der Industriellenvereinigung unterstützt". Ange-sichts dieser Ansagen der SPÖ (!) im Wahlkampf, tut sich die ÖVP

nicht leicht mit ihrer Positionierung. Komplizierend kommt für die Volkspartei die Arroganz des amtierenden Landeshauptmannes Schausberger, sowie der breite Unmut über den Sozialraub der Bundesregierung hinzu. Den Sohn des ehemaligen Landeshauptmannes Haslauer in letzter Minute aufzustellen, war eine Verzweiflungstat die zumindest Sendezeit in den Medien und massenhaft Schlagzeilen und Leitartikel brachte. Ähnlich wie FPÖ-Spitzenkandidat Schnell, ist Haslauer bemüht, sich populistisch als Vertreter der "kleinen Leute" aufzuspielen. Eine Strategie mit der die ÖVP immer öfter versucht vom Niedergang der FPÖ zu profitieren. Denn der Absturz der Freiheitlichen scheint vorprogrammiert: Schnells Phrasen ge-

gen Grasser ("macht die Reichen reicher und die Armen ärmer") nimmt kaum jemand ernst. Als letzte Hoffnung versucht die FPÖ was sie am Besten kann: Alle anderen Parteien punkto Nationalismus und Hetze gegen MigrantInnen zu übertrumpfen. Auch wenn eigentlich niemand mitbekommt, wofür die Grünen in dieser Wahlauswahl stehend, ist bereits ihr Spitzenkandidat ein deutliches Signal. In seiner Biographie verkündet Cyriak Schwaighofer, dass er einst ÖVP-Politiker gewesen ist. Beste Voraussetzungen also, um das oberösterreichische Modell - Schwarz-Grün - auch in Salzburg umzusetzen?

FÜR EINE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE!
Primär in der Landeshauptstadt kandidieren auch noch andere Listen, darunter zwei "Linke": Die KPÖ und eine Liste mit dem Namen "Die Sozialisten". Letztere war ursprünglich eine Abspal-

tung der SPÖ. Beide Listen eint, dass sie - mit teilweise nationalistisch angehauchten Parolen - gegen den Ausverkauf öffentlichen Eigentums auftreten und den Sozialabbau thematisieren; ohne allerdings sozialistische Alternativen zu nennen. Auch, dass es in Österreich im Jahr 2003 die größte Streikbewegung seit Jahrzehnten gegeben hat, spielt für diese "Kräfte" keine Rolle. Eine kämpferische, sozialistische Alternative fehlt bei diesen Wahlen. Wir - die SLP - fühlen uns dieses Mal noch zu in Salzburg noch zu jung und zu schwach, um zu kandidieren. Doch rufen wir alle auf uns zu wählen. Zwar geht das (noch) nicht auf dem Papier, doch es ist möglich - vor und nach dem 7.3 - sich uns anzuschließen. Salzburg braucht eine wirklich sozialistische Partei für ArbeitnehmerInnen, ImmigrantInnen, Jugendliche, Arbeitslose.

Steuerreform verzückt Industriellenvereinigung

Seid verjubelt Millionen

Das breite Lächeln des Wolfgang Leitl verrät seine Zufriedenheit mit Grassers großem Steuerwurf. Und tatsächlich kann die Wirtschaftskammer die Steuerreform als Erfolg für die eigene Klientel verbuchen. Für ArbeitnehmerInnen bleibt bei so großzügigen Steuergeschenken an die Wirtschaft nicht viel mehr als ein Bierdeckel übrig.

VON HARALD MAHRER,
SLP WIEN-MARGARETEN

Bundeskanzler Schüssel und Finanzminister Grasser erklärten, Arbeitnehmer und Unternehmen zu gleichen Teilen entlastet zu haben. 90.000 Unternehmen bekommen 2 Milliarden, während 5,7 Millionen Lohnabhängige mit 975 Millionen abgespeist werden. Rechnet man die seit Amtsantritt der blauschwarzen Raubritter durchgesetzten Belastungen ein, so stehen im Kassabuch der ArbeitnehmerInnen rund 600 Millionen Euro Belastungen, während die Unternehmen ein Plus von etwa 1 Milliarde verzeichnen können. So viel zu FPÖ-Steuer-Chefverhandler Jörg Haider's Robin-Hood-Gehabe.

mehr Steuer sparen. So rechnet zum Beispiel die Flughafen Wien AG mit einer Gewinnsteigerung von rund 15% allein durch diese Steuermaßnahme. Dass die KöSt-Senkung Investitionen und Arbeitsplätze sichert, ist reine Spekulation. Die Steuererleichterung ist ja nicht an eine Re-Investition gebunden. Das gesparte Geld kann ganz einfach in die Taschen von AktionärInnen und BesitzerInnen fließen.

Auch die ArbeitnehmerInnen werden angeblich entlastet. Nominal stimmt das auch, rechnet man aber die Belastungen seit 2000 ein, verliert ein durchschnittlicher ArbeitnehmerInnen-Haushalt rund EUR 50,- pro Monat. Und die nächsten Belastungen stehen schon vor der Tür: Hinter den Schlagwörtern Verwaltungsreform und Effizienzsteigerung im öffentlichen Sektor verstecken sich ja nichts anderes als Arbeitsplatzvernichtung und Kürzungen im öffentlichen Dienst, sowie Privatisie-

rungen - die immer auf Kosten der Belegschaften gehen. Das reaktionäre Gesellschaftsbild der Regierung zeigt sich auch in der Abschaffung der im "Roten Wien" eingeführten Schaumweinsteuer.

STEUERPROGRESSION STATT MASSENSTEUERN

Zwar ließ die Abschaffung einer von 4 Steuerstufen die Progression steiler werden. Problem ist nur, dass die Progression genau in jener Einkommensregion schärfert geworden ist, in der sich die Masse der ArbeitnehmerInnen bewegt, während die Progression in den hohen Regionen merkbar flacher wird. ArbeitnehmerInnen machen über 90% der Bevölkerung aus. Ihr Anteil am Volkseinkommen beträgt allerdings nur rund 60%, ihr Anteil am Steueraufkommen (Einkommens- und Mehrwertsteuer) beträgt rund 70%.

Die SLP tritt für ein Einkommenssteuersystem ein, in dem alle Einkommen (aus Arbeit, Kapital



Mehr zu Umverteilung, Sozial- und Steuerpolitik der SLP in "Wer soll das bezahlen?"

Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes am 2. /3. April:

Europaweit gegen Privatisierung und Sozialabbau

Unter dem Motto "Unser Europa ist eine soziale Europa" ruft der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) für den 2. und 3. April die Gewerkschaften dazu auf "Massendemonstrationen in den Hauptstädten zu organisieren." Die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" fordert den ÖGB daher dazu auf umgehend mit der Mobilisierung für eine österreichweite Großdemonstration am 2./3. April zu beginnen und wird sich daran auch selbst aktiv beteiligen.

**VON FLORENTIN DÖLLER,
SLP WIEN-MARGARETEN**

Wenn wir auf das Jahr 2003 zurückblicken, können wir feststellen, dass es für eine Demonstration, die sich gegen Privatisierung und Sozialabbau richtet, genügend Gründe gibt: Pensionsraub, Zerschlagung der ÖBB, Privatisierung von VOEST und Böhler-Uddeholm, Kürzungen im Gesundheits- und Bildungswesen sowie Angriffe auf Gewerkschaften und demokratische Grundrechte. In ganz Europa werden auf Kosten der ArbeitnehmerInnen Sparpakete, Kürzungen, Privatisierungen durchgeführt, die alle ein und dasselbe Ziel haben: die Sicherung und Erhöhung der Profite der Unternehmen.

Der ÖGB hat 2003 einige Protestmaßnahmen gegen die diversen "Reformen" seitens der Regierung organisiert - insgesamt fanden 2003 rund ein Dutzend Streiks statt! Trotz dieser - für österreichische Verhältnisse - Fülle von Streiks waren die jeweiligen Proteste meistens nicht ausreichend genug, um die Angriffe abwehren zu können. Nun stehen die so genannte Harmonisierung der Pensionssysteme, die Gesundheitsreform sowie weitere Privatisierungen (z.B. Postbus) an. Um die sozialen Interessen und Errungenschaften von Ar-

beitnehmerInnen, PensionistInnen, Jugendlichen und sozial Schwachen zu verteidigen, werden heuer wesentlich entschlossener Streiks nötig sein. Nur so können die Angriffe von Seiten der Regierung und UnternehmernInnen tatsächlich zurückgeschlagen werden. Deswegen halten wir - die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" (die SLP ist Teil von ihr) - es für wichtig, die bundesweite Mobilisierung für den 2./3. April mit einer Organisierung der Gewerkschaftsbasis sowie unorganisierter ArbeiterInnen zu verbinden und diese auch auf unausweichliche zukünftige Kämpfe vorzubereiten.

Die "Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften" hat sich bei ihrem letzten Treffen (am 13.1.) zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit KollegInnen aus anderen Ländern für diese Demonstration gegen Privatisierung und Sozialabbau zu mobilisieren. Dafür wurde eine Resolution beschlossen, in der der ÖGB aufgefordert wird, eine bundesweite Großdemonstration für den 2./3. April zu organisieren. Gleichzeitig machen wir darin jedoch auch klar, dass wir diese Demonstration auf jeden Fall durchführen werden - egal wie sich die ÖGB-Spitze verhält. Wir werden versuchen so viele Kolle-

gInnen wie möglich zu mobilisieren und organisieren, um von unten sowohl Druck auf die ÖGB-Führung als auch auf die Regierung erzeugen zu können. Weiters halten wir es für wichtig, dass im Rahmen der Vorbereitung der Demo, KollegInnen aus den verschiedensten Arbeitsbereichen zusammenkommen. Als ersten Schritt gilt es jetzt UnterstützerInnen für die Resolution (unter www.slp.at) an den ÖGB zu sammeln, die Idee einer Demonstration am 2./3. April in den Betrieben zu verankern und möglichst viele KollegInnen dafür zu begeistern sich daran zu beteiligen.

Nächste Treffen der Plattform:

"Demo gegen Privatisierung & Sozialabbau am 2./3. April"
Freitag, 6. Februar um 19 Uhr
Amerlinghaus, "Teestube" - 1. Stock, Stiftgasse 8, 1070 Wien

"Bilanz des ÖBB-Streiks & Ausblick auf die Dienstrechts-Verhandlungen"
Dienstag, 24. Februar, 19Uhr mit Streikfilm von Karl Fischbacher und einer Diskussion mit KollegInnen aus der GdE
Kantine der EisenbahnerInnen am Westbahnhof (im Güterverfügungsgebäude; Felberstraße 1150 Wien)



Wie schwarz-blau ist Wien?

Rund 80 % des Budget der Wiener Behindertenorganisationen kommt von der Gemeinde Wien. Diese hat mit ihrer letzten Gemeinderatssitzung des vergangenen Jahres, am 19.12. 2003, die Gelder für diese Organisationen wesentlich geringer als üblich erhöht. Für tausende Wiener Behinderte, deren BetreuerInnen und Angehörigen ist das eine soziale Bedrohung.

**VON MICHAEL GEHMACHER,
BEHINDERTENBETREUER
UND BETRIEBSRAT (ÖHTB)**

Die Aufregung über diese neoliberale Politik führte auch zu einer gut besuchten Demonstration der Arbeitgeber (!) des Wi. Behindertenbereichs am 16. 12. 03 vor dem Wiener Rathaus. Am 19.12 beschloss der Wiener Gemeinderat auch eine große Unstrukturierung des Sozialwesens. Fast alle Zuständigkeiten der Magistratsabteilungen 12 und 47 kommen in den "Fond Soziales Wien" (FSW). Dieser entscheidet zukünftig (als privatrechtliche Organisation!) über mehr als 500 Millionen Euro Steuergeld für Behinderten - Wohnungslosen - Senioren und Flüchtlingshilfe! Es geht vor allem darum Verantwortung für zukünftigen Sozialabbau von den Wiener Stadtpolitikern auf einen privaten Träger abzuweichen!

**SCHLECHTERSTELLUNG DURCH
KOLLEKTIVVERTRAG?**

Ende 2003 wurden die Verhandlungen für einen Kollektivvertrag, für die rund 60.000 im Sozialbereich arbeitende Menschen, abgeschlossen. Der "BAGS-KV"

(benannt nach der Arbeitgeberorganisation im Sozialbereich) soll mit 1.7.04 in Kraft treten. Viele Regelungen des KV, vor allem die schlechten Arbeitszeitregelungen und die niedrige Bezahlung, erinnern an die dunkelsten Kapiteln der Sozialpartnerschaft. Größere Wiener Sozialvereine (wie etwa ÖHTB oder Jugend am Werk) haben die Bezahlung der Mitarbeiter über Betriebsvereinbarungen geregelt. Diese sehen oft eine höhere Bezahlung als der kommende KV vor. Rechtlich ist es leider möglich diese Betriebsvereinbarungen außer Kraft zu setzen und neueintretenden KollegInnen nur die KV-Bezahlung zu geben. Bei der hohen Personalfluktuation im Sozialbereich könnten, in ein paar Jahren, die nach niedrigem KV-Lohn bezahlten in der Mehrheit sein. Es geht also darum die Bezahlung über den KV auch für neue KollegInnen abzusichern

WIDERSTAND REGT SICH...

In der Gewerkschaft der Privatangestellten haben sich Betriebsräte und verschiedene Betriebsorganisationen zur Koordination von Widerstandsaktionen zusammengeschlossen.



**SLP-Gewerkschaftssprecher
Michael Gehmacher ist
Betriebsrat beim
Österreichischen Hilfswerk für
Taubblinde (ÖHTB)**

Einige Menschen die im Sozialbereich arbeiten (wie etwa der Betriebsratsvorsitzende des FSW) arbeiten auch in der Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften mit. Sie werden sich vor allem dafür einsetzen die Demonstration Anfang April zum Widerstand zu nutzen.

Webtipps: Stellungnahme der Plattform auf: Web.utanet/Labournet.austria unter "Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften"

ÖBB: Die wahren Privilegienritter

Mitte Jänner meldeten die Medien, dass die neue ÖBB-Holding nun vier (oder gar sechs) "Chefs" bekommen soll. Neben dem ehemaligen FP-Klubdirektor Moser will die Regierung weitere Lakaien in einem lukrativen Posten unterbringen. Der junge Eisenbahner Daniel, der in OÖ im Bereich Energie der ÖBB arbeitet, kommentiert diese Vorgänge fassungslos: "Ich kann nur sagen, dass ich es nicht gut finde, was sich da abspielt!"

FRANZ BREIER JUN,
im Gespräch mit ÖBB-KollegInnen

Da jede einzelne Firma der ÖBB-Holding neu besetzt werden wird, haben "die politisch "Braven" von ÖVP und FPÖ, zum Nachteil der SteuerzahlerInnen, endlich eine Spielwiese gefunden", so Josef Löw, VPA-Vorsitzender aus Wien Nordbahnhstraße: "Außerdem wird Herrn Rüdiger vorm Walde in der Person des Herrn Moser ein Politfunktionär der FPÖ vorgesetzt. Dieser wird sehr wohl darauf achten, dass die Vorgaben seines Parteifreundes Gorbach umgesetzt werden." Zur gegenwärtigen Lage äußert er sich besorgt: "In Wahrheit stehen wir mit dem Rücken zur Wand! ... Meine Kollegen und Kolleginnen haben Angst um ihre Arbeitsplätze und halten sich deshalb mit ihrer Meinung zurück."

NEUES DIENSTRECHT?

Die Pläne des Managements liegen bereits am Tisch: Entgelt-

fortzahlung nur mehr auf Dauer von 6 - 12 Wochen; Entfall des Krankengeldzuschusses; Einführung von Sonderkündigungsrechten, wenn seitens des Dienstnehmers keine Bereitschaft zum schrankenlosen Verleasen innerhalb des Konzerns, sowie an Externe besteht; Eliminierung des Nachtzeitzuschlags (NZZ); Kürzung sowie Entfall von Sonderregelungen; Verschlechterungen bei Arbeitszeit und Arbeitsruhe durch Aufhebung der innerbetrieblichen Regelungen. (Auszüge aus einer Information der Gewerkschaft vom 20. Jänner.)

Die Regierung droht, das neue Dienstrecht notfalls im Parlament durchzudrücken, falls es bis April zu keiner Einigung kommt; letztlich so, wie es vor dem Streik geplant war. Kollege Löw dazu: "Verkehrsminister Gorbach hat dem Generaldirektor der ÖBB unmissverständlich via Medien mitgeteilt, dass die Regierungsvorlage sehr wohl als "Dogma" zu sehen sei und er sich eine ande-



Februar 1934:

Wie hätte der Faschismus verhindert werden können?

Am 12. Februar 2004 jährt sich zum 70. Mal die Machtergreifung des Faschismus in Österreich. Bundesheer, Polizei und faschistische Milizen - die Heimwehren - schossen damals auf Gemeindebauten, Standgerichte verhängten hunderte Todesurteile gegen Linke und GewerkschaftsaktivistInnen. Alle selbständigen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wurden verboten. Wenige Wochen später, proklamierte das Regime eine neue Verfassung, die Österreich zum autoritären, faschistischen Führerstaat auf christlicher Grundlage erklärte. Die großen politischen Profiteure der damaligen Ereignisse waren die Nationalsozialisten, die sich in den Jahren des Austrofaschismus endgültig durchsetzen konnten. Dennoch: In den Februartagen leistete erstmals in der Geschichte jemand bewaffnet Widerstand gegen den Faschismus. Hunderte ArbeiterInnen und Jugendliche, SozialistInnen und KommunistInnen, wahrten sich gegen die Kanonen und Maschinengewehre der Regierung.

VON LAURA RAFFETSEDER, SLP-WIEN MITTE

Im Österreich der 20er und 30er Jahre existierte weder der lange Wirtschaftsaufschwung, noch das System der Sozialpartnerschaft, welches die 2. Republik nach 1945 lange prägte. Kapitalistische Krise, soziales Elend, aber auch Klassenkampf und Widerstand gehörten zum Alltag der österreichischen ArbeiterInnen und Jugendlichen in den Jahren vor 1934. Seit 1918 saß dem Bürgertum vor allem der Schock der revolutionären Ereignisse am Ende des ersten Weltkriegs in den Gliedern. Tatsächlich hatte 1918/19 die österreichische ArbeiterInnenbewegung den Schlüssel zur internationalen, sozialistischen Revolution in der Hand gehabt.

REVOLUTIONÄRE WELLE UND DAS GROSSE VERSPRECHEN DER SOZIALEMOKRATIE
1917 siegte in Russland die Oktoberrevolution. Dieses Ereignis beendete in der Folge nicht nur den Weltkrieg, sondern erschütterte ganz Europa. Linke Massenflügel in den traditionellen sozialdemokratischen Organisationen, neue sozialistische und kommunistische Parteien waren Ausdruck einer Radikalisierung der ArbeiterInnenbewegung. Die Frage der Beseitigung des Kapitalismus und der sozialistischen Revolution stand nun nicht länger nur in den Programmen der ArbeiterInnenparteien, sondern tatsächlich auf der Tagesordnung. In Bayern und in

Ungarn bildeten sich - nach russischem Vorbild - Räterepubliken. In Italien besetzten die ArbeiterInnen ihre Fabriken. Auch in Österreich führten bereits 1918 die Streikbewegungen zum Ende der Monarchie und zur Bildung einer landesweiten Räterbewegung. Doch der Kapitalismus überlebte diese Entwicklung - in Österreich wie im übrigen Europa mit Ausnahme Rußlands. Die österreichische Sozialdemokratie (SDAP) spielte eine zwiespältige Rolle im damaligen Prozess. Sie arbeitete als Regierungspartei 1918-1920 gemeinsam mit den bürgerlichen Kräften gegen die österreichische und internationale Revolution. Gleichzeitig gelang es vor allem dem linken Flügel der SDAP um Friedrich Adler und Otto Bauer durch wortradikales Auftreten die Bildung einer neuen, kommunistischen Massenpartei zu verhindern. Immer wieder wurde auf die erreichten Errungenschaften verwiesen, welche die Bourgeoisie in der revolutionären Krise 1918/19 zugestanden hatte. Die Parteiführer der SDAP versprachen ihren GenossInnen, dass dies erst der Anfang gewesen wäre und in den kommenden Jahren schrittweise der Sozialismus umgesetzt werden würde.

BESEITIGUNG DES REVOLUTIONÄREN SCHUTTS

Achtstundentag, Sozialgesetzgebung, Arbeitsschutzbestimmungen, selbst die parlamentarische Republik wurden von Beginn an von der bürgerlichen Kräften als Produkte einer Zeit des Chaos und der Erschütterung ihrer Macht verstanden. Im Gegensatz zu den Versprechungen der Sozialdemokratie "die parlamentarische Hülle mit sozialistischem Inhalt" zu füllen, geriet die ArbeiterInnenbewegung nach dem Abbeben der revolutionären Welle politisch in die Defensive. Ab 1920 wurde Österreich von einem Block rechter Parteien regiert, deren führende Kraft die Christlich Soziale Partei (CSP) war. Lediglich das "rote Wien" entwickelte sich mit seinem damals vorbildlichen Wohnbau, Sozialeinrichtungen, Schulreformen und umverteilenden kommunalen Steuern zum Gegenmodell. Vor allem in den Zeiten der tiefen ökonomischen Krise Ende der 20er Jahre wurde Wien zur großen Hoffnung von Millionen ArbeiterInnen im ganzen Land. Erneut versprach die Sozialdemokratie durch die langsame Umsetzung dieses Modells in ganz Österreich, der kapitalistischen Sackgasse entkommen zu können. 1929 waren 718.000 Personen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, in Wien sogar mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Wohnbevölkerung! Die Partei kontrollierte alle

wichtigen Gewerkschaften, aber auch andere Massenorganisationen (Frauen, Jugend, Kulturvereine ...) und verfügte über eine eigene bewaffnete Formation mit 60.000 Mann - den Republikanischen Schutzbund. Die staatliche Macht und das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde allerdings von dieser Gegenmacht zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt. Die hochtrabenden Pläne zur Vergesellschaftung blieben in den Schubladen und waren für die Führer der SDAP keine Anleitung zum politischen Handeln. Trotzdem: Alleine das Vorhandensein dieser gewaltigen Bewegung wurde - ebenso wie die Existenz des "roten Wiens" - von maßgeblichen Teilen der Bourgeoisie und ihren Vertretern zunehmend als unerträgliche Bedrohung empfunden. Die Forderung nach der endgültigen Beseitigung "des revolutionären Schutts" hatte 1924 bereits der damalige Bundeskanzler, Prälat Seipel (CSP) erhoben. Damals wußte man allerdings noch nicht mit welchen Mittel das geschehen sollte.

KAPITALISTISCHE KRISE

1929 kennzeichnete der Börsenkrach in New York den Beginn der tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus. Für weite Teile der österreichischen Bevölkerung waren schon vorher die "goldenen 20er Jahre" ein unbekanntes Wesen geblieben. Die österreichische Wirtschaft litt seit 1918 unter einer hartnäckigen Strukturkrise. Zu keinem Zeitpunkt sank die Arbeitslosigkeit unter 8 Prozent. Bereits in den fünf Jahren vor dem Krach der Credit Anstalt (CA) 1931, gingen in der österreichischen Industrie 150.000 Jobs verloren. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich - ähnlich wie in Deutschland - besonders fatal aus. 1933 waren schließlich offiziell (!) 557.000 (26 %) Arbeitslose gemeldet - wovon allerdings nur mehr 60 Prozent staatliche Unterstützung erhielten. Trotz der Masse an völlig Mittellosen - den "Ausgesteuerten" - stiegen die Aufwendungen des Staates weiter. Alleine für Zahlungen an Arbeitslose musste bereits ein Viertel aller staatlichen Ausgaben verwendet werden! Schon diese Zahl weist auf die völlige Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit hin unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Krise überwinden zu können. Gleichzeitig forderten maßgebliche Wirtschafts- und Regierungskreise immer drängender umfassende Sanierungsschritte.

KRISE DER ARBEITERINNENBEWEGUNG

Im Jänner 1927 wurden bei einem Schutzbundauf-

marsch im burgenländischen Schattendorf ein Invadide und ein Kind von rechtsgerichteten Frontkämpfern erschossen. Als das bürgerliche Gericht die Mörder im Juli desselben Jahres freisprachen, kam es zu spontanen Streiks und einer Massendemonstration vor dem Justizpalast. Die Sozialdemokratische Partei rief zur Mäßigung auf - das Ergebnis war totales Chaos und ein Fiasko für die gesamte ArbeiterInnenbewegung. Als der Justizpalast schließlich in Flammen aufging, gab Regierung und Polizeipräsident den Schießbefehl: 85 Tote und 600 Verletzte. Diese einschneidende Niederlage war das Vorspiel für die weitere Entwicklung. Das im SDAP-Parteiprogramm von 1926 proklamierten Versprechen, nötigenfalls zum Mittel der Diktatur des Proletariats zu greifen, hatten sich als zahnlos erwiesen. Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, verschlechterten sich nun auch die allgemeinen Kampfbedingungen der ArbeiterInnenklasse dramatisch: Die Anzahl der Arbeitskämpfe sank zwischen 1928 und 1932 um 87 Prozent. Im selben Zeitraum gingen die Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften - nicht zuletzt durch die Arbeitslosigkeit - um rund 200.000 Mitglieder zurück. Die politische und zunehmend strukturelle Krise der ArbeiterInnenbewegung, aber auch die internationale Entwicklung ermutigte die Bourgeoisie auch in Österreich auf "neue Methoden" zu setzen.

DIE FASCHISTISCHE BEDROHUNG

IM EUROPÄISCHEN 20ER UND 30ER JAHRE

Die Entstehung und Durchsetzung von rechtsextremen Massenbewegungen - beginnend mit dem italienischen Faschismus 1922 - war ein neues, internationales Phänomen im Europa der 20er und 30er Jahren. Trotz unterschiedlicher Ausformung, Stärke und Betonung "nationaler" Unterschiede in den verschiedenen Ländern traten die Parallelen und die gegenseitige Inspiration dieser Bewegungen und Regime deutlich hervor. Dementsprechend verwendeten SozialistInnen bereits damals "Faschismus" als gemeinsamen Begriff für Bewegungen deren Ursprung in den reaktionärsten Teilen der Gesellschaft - z.B. in den Kästen der Offiziere und Unteroffiziere - lagen. Als "Alternative" zum modernen Kapitalismus boten diese Strömungen ein "Zurück" zur angeblichen Harmonie der Vergangenheit an. Die Volksgemeinschaft der Germanen, oder der mittelalterliche Ständestaat, sollten vor allem durch die Ausschaltung aller, die als "Fremdkörper" galten und durch die hierarchische Organisation der

Gesellschaft hergestellt werden. Ob italienischer Faschismus, Nationalsozialismus oder die Heimwehren: Ihre "Programme" und Beschwörungen strotzten nur so von Begriffen wie Volk, Rasse und Heimat, vom Wunsch nach dem starken Staat und vor allem auch dem Versprechen den "volksfremden" oder jüdischen Marxismus auszuschalten. Attraktiv waren diese Bewegungen zunächst für jene Teile der Gesellschaft, die sich durch die allgemeine Entwicklung zunehmend an den Rand gedrängt fühlten: Durch die Krise ruinierte Kleinbürger, aber auch Arbeitslose und Jugendliche. Viele von jenen, denen die traditionelle ArbeiterInnenbewegung weder eine soziale Heimat, noch Antworten auf ihre wirtschaftliche und politische Perspektivlosigkeit bot, wurden zu "Kämpfern" dieser Bewegungen. Der Faschismus gab ihnen wenigstens ein bisschen Geld für's Marschieren, oder auch nur eine Uniform und versprach denen, die sich ihm anschließen würden, zur künftigen Elite der Gesellschaft zu gehören. Leo Trotzki beschrieb den Faschismus in diesem Sinne zurecht als eine Fäulniserscheinung des Kapitalismus. Entscheidend war allerdings, dass die Bourgeoisie sich wegen der Schärfe der wirtschaftlichen Krise sich praktisch gezwungen sah, auf die faschistische Karte setzte. Diese "Koalition" zwischen alten Eliten und neuer Bewegung gegen die ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen, erwies sich als Vorbedingung jeder faschistischen Machtergreifung. Umgekehrt sagte Trotzki, dass die Machtergreifung des Faschismus nur der unabhängige Widerstand der ArbeiterInnenklasse - und kein Bündnis mit bürgerlichen Kräften - verhindern könne. Das Ausmaß und die Schärfe der faschistischen Gefahr in Europa wurde lange Zeit von den verantwortlichen PolitikerInnen der ArbeiterInnenbewegung maßlos unterschätzt. Auch in Österreich blickte die Führung der Sozialdemokratie wie gelähmt auf die faschistische Gefahr.

WER WAREN DIE ÖSTERREICHISCHEN FASCHISTEN

An der Wiege der faschistischen Bewegung(en) in Österreich standen vor allem lokale Wehrverbände, aber auch kleinere - primär antisemitische - Gruppen. Führend war vor allem die im Raum Wien tätige Frontkämpfervereinigung von Oberst Hitl und



dem später zentralen Heimwehrfunktionär Major Fey. Sie betonte 1920: "Ausgeschlossen blieben nur Drückeberger (...) östliche Fremdlinge, weil der seinem Volk und Vaterland treue Frontkämpfer zur Erkenntnis gelangt war, dass die östliche Räteherrschaft alles andere, nur nicht die Interessen des arischen Volkes zu vertreten imstande sei." Gleichzeitig sah man sich "auf dem Boden des gläubigen Christentums". Trotz dieser gemeinsamen historischen Wurzeln formierten sich in der Folge zwei Massenbewegungen der extremen Rechten in Österreich: Die austrofaschistischen Heimwehren und der Nationalsozialismus. Die spätere Rivalität beider Bewegungen bestand nicht darin, dass die Austrofaschisten den Antisemitismus der Nazis rundweg ablehnten. Den antisemitischen Wiener Ex-Bürgermeister Wiens, Karl Lueger, betrachteten z.B. beide Strömungen mit Bewunderung. Es kristallisierten sich vielmehr unterschiedliche strategische Vorstellungen, bzw. gegensätzliche Machtansprüche zwischen der Führung der Heimwehren und den von aus Berlin instruierten Nazis heraus. Maßgebliche Kreise des Austrofaschismus setzten lange Zeit auf die

Unterstützung durch Mussolini und ein Bündnis mit dem faschistischen Italien, die Nazis hingegen auf den Anschluss an ein nationalsozialistisches Deutschland. Gleichzeitig bestanden Querverbindungen zwischen beiden Lagern weiter. Das wesentliche Merkmal der austrofaschistischen Bewegung war vor allem ihre relative Schwäche und mangelnde Geschlossenheit. Zur Zeit ihrer größten Ausdehnung - 1929 - verwiesen die Heimwehren, Heimatschutzorganisationen (...) in ihrer Gesamtheit auf maximal 300.000 unterstützende Mitglieder. Selbst in dieser Zeit bestand die wesentliche Rolle und Gemeinsamkeit dieser buntscheckigen Szene, provokative Aufmärsche und Zusammenstöße mit der Sozialdemokratie herbeizuführen und die Regierung zu radikaleren Maßnahmen gegen den Marxismus zu drängen. 1930 erfolgte ein wichtiger Radikalisierungsschritt: Mit dem sogenannten "Korneuburger Eid" forderte die Heimwehren die sofortige Errichtung eines faschistischen Systems in Österreich und setzten damit kurzfristig auf eine stärkere eigenständige Entwicklung als bisher. Bei den folgenden Wahlen im November drückten dann allerdings lediglich 6,2 Prozent Stimmanteil für den "Heimatblock" aus, dass diese Formationen ihren eigentlichen Höhepunkt bereits überschritten hatten. 1931 scheiterte schließlich ein abenteuerlicher Putschversuch des Heimwehrführers Pfrimer kläglich. 1932 einigten sich die Christlichsoziale Partei unter Engelbert Dollfuss und die Heimwehren mit Graf Starhemberg und Major Fey an der Spitze auf ein Bündnis, dessen fragiles Kräfteverhältnis durch die "ostmärkischen Sturmscharen" des späteren Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg ergänzt wurde. Damit war die entscheidende Koalition der faschistischen Machtergreifung geschmiedet worden.

AUF DEM WEG ZUM STÄNDESTAAT

Am 4. März 1933 nutzte Dollfuß einen Zwischenfall im Parlament um das Parlament vollständig auszuschalten. Gestützt auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz konnte die Dollfußregierung nun ohne Parlament Notverordnungen erlassen. Die Sozialdemokratische Führung leistet keinen aktiven Widerstand. Am 16. März 1933 wird der republikanische Schutzbund verboten. Auch der Aufmarsch am 1. Mai wird mittels Notverordnung untersagt. Die Dollfußregierung verhängte ein Streikverbot, verbot die KP und verschlechterte die Arbeitszeitbestimmungen und kürzte die Arbeitslosenunterstützung. Das rote Wien sollte zunächst finanziell ausgehungert werden. Immer deutlicher kündigte Regierung und Heimwehren nun an, bald auch die verbliebenen Reste des Marxismus zu beseitigen. Vor allem im Bereich des Sicherheitsapparat nahmen Heimwehrfunktionäre entscheidende Funktionen ein: Major Fey wurde bereits 1932 zum zuständigen Staatssekretär ernannt. Entsprechend steigerten sich die Willkürakte der Behörden gegen die ArbeiterInnenbewegung.

FEBRUARKÄMPFE 1934

Am 12. Februar 1934 wurden alle Parteiheime der SDAP auf Waffenlager untersucht. Als die Heimwehr im Linzer Hotel Schiff offiziell nach Waffen fahndete, leistete der Schutzbund bewaffneten Widerstand. In der Folge kam es - endlich - zu bewaffneten Aufständen von Teilen des Schutzbundes in Wien, Steyr, Graz, ... Mit wenigen Ausnahmen beteiligten sich die hohen Funktionäre der SDAP nicht an diesem heldenhaften Kampf der österreichischen ArbeiterInnen. Der Widerstand des Schutzbundes scheiterte u.a. daran, dass es keine zentrale Koordination und keinen Aufstandsplan gab. Viele kämpfbereite ArbeiterInnen wussten nicht, wo die Waffenlager waren und jene FührerInnen die es wussten beteiligten sich nicht bzw. begaben sich in einigen Fällen sogar freiwillig in Schutzhaft. Mit Hilfe des Bundesheeres wurden die Gemeindewohnungen mit schwerer Artillerie beschossen. Der Widerstand der ArbeiterInnen wurde von den Faschisten brutal niedergeschlagen. Auf Seiten des Schutzbundes gab es 137 Tote und 319 Verletzte. Für politische Gegner hatte Dollfuss schon davor Anhaltelager errichten lassen.

DER STÄNDESTAAT UND SEIN SCHEITERN

Trotz der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, dem Abbau staatlicher Leistungen und sozialer Rechte - bereits in den ersten Monaten brachen die Unternehmer hunderte Kollektivverträge - konnte

der Austrofaschismus die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Selbst eine kurzfristige ökonomische Stabilisierung blieb aus, das Heer der Arbeitslosen verringerte sich kaum. Große Teile der ArbeiterInnenklasse warteten - frustriert von den Ereignissen und eingeschüchtert vom Terror - die Entwicklung ab. Trotzdem existierten relativ starke, illegale Strukturen der ArbeiterInnenbewegung weiter. Teile der Klasse radikalierten sich nach 1934 sogar und suchten nach revolutionären Alternativen zu Faschismus und Kapitalismus. Die Kommunistische Partei Österreichs entwickelte sich erstmals zu einem relativ bedeutenden Faktor, auch die Sozialdemokraten nannten sich nun "Revolutionäre Sozialisten". Umgekehrt scheiterte - vor allem unter den



ArbeiterInnen - der Versuch des Regimes Massenunterstützung zu bekommen. Der neugeschaffene "Einheitsgewerkschaftsbund" erreichte - trotz des enormen Drucks beizutreten - kaum mehr als die Hälfte der Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften vor 1934. In Betrieben wo es möglich war Vertrauenspersonen zu wählen, erlitten bekannte Repräsentanten des Regimes schwere Niederlagen.

DER VORMARSCH DES NATIONALSOZIALISMUS

Ab 1930 begann als eine Folge der fortgesetzten Zurückdrängung der ArbeiterInnenbewegung der Vormarsch des Nationalsozialismus in Österreich. 1933 wurde die NSdAP zwar formal verboten, trotzdem bedeutete der 12. Februar 1934 einen enormen Auftrieb für die Nazis. Bereits im Juli 1934 wagten sie den Aufstand, in dessen Zusammenhang Bundeskanzler Dollfuss ermordet wurde. Verhindert wurde damals der Anschluss an Nazideutschland aber nicht durch das Heldenamt der österreichischen Regierung, sondern durch die gegenseitigen Ansprüche von Deutschland und Italien um den Einfluss in Mitteleuropa. Mussolini drohte Hitler sogar mit Krieg für den Fall eines "Anschlusses". Ab 1935 änderten sich Italiens außenpolitische Ambitionen - die Achse Rom-Berlin wurde geschmiedet. Der "Widerstand" des Austrofaschismus endete spätestens 1936 als Berlin und Wien besondere Beziehungen vereinbarten, Vertreter des nationalen Lagers in die österreichische Regierung aufgenommen wurde und Österreich fortan als "zweiter deutscher Staat" galt. Im März 1938 marschierten die Nazis schließlich ohne Gegenwehr der Regierung, "beschützt" von österreichischen Polizisten mit Hakenkreuzarmbinden und unter dem Jubel von Hunderttausenden Menschen in Österreich ein.

WER KÄMPFTE GEGEN DEN FASCHISMUS

Vor allem nach 1934 versuchten die Nazis durch die Hetze gegen das angeblich "jüdische Kapital" und seine Helfer und Knechte - die Repräsentanten des Ständestaates - ArbeiterInnen zu gewinnen. Der Austrofaschismus setzte dieser Hetze keine grundsätzliche Ablehnung entgegen. Vielmehr beteuerte man, dass Juden ohnehin keine führenden Funktionen im Staate einnehmen würden. Gegenseitig überbot man sich gleichzeitig in Beschuldigungen dem Marxismus in Wahrheit Vorschub zu leisten. Trotz massiver Bestrebungen blieben die Versuche der Nazis, ArbeiterInnen zu gewinnen nur beschränkt erfolgreich: Vor 1938 wuchs der Anteil von ArbeiterInnen an der NSdAP-Mitgliedschaft von einem Viertel auf ein knappes Drittel. Im Vergleich zum Anteil der ArbeiterInnenklasse an der Gesamtbevölkerung (53 Prozent), blieben ArbeiterInnen

damit deutlich unterrepräsentiert. Dort wo die illegale sozialdemokratische und kommunistische Bewegung in Erscheinung trat, zeigte sich, dass sie noch über breite Unterstützung verfügte: 1937 wurde eine an Schuschnigg gerichtete Denkschrift gegen Hitler von 100.000 ArbeiterInnen unterzeichnet. Politisch erwiesen sich diese Appelle der sozialdemokratischen und kommunistischen Führer an den Austrofaschismus allerdings als völlig sinnlos - sie wurden einfach ignoriert. Trotzdem setzte die illegale Sozialdemokratie und die KPÖ noch während der Märztag 1938 mit der "Floridsdorfer Vertrauensmännerkonferenz" auf einen gemeinsamen Widerstand gegen die Nazis mit den Vertretern des Ständestaates. Doch dessen Repräsentanten und Förderer - vor allem wenn sie glaubten, nichts vom Nationalsozialismus befürchten zu haben - sahen sich bereits mit dem NS-Regime versöhnt. Prominente Führer des Heimatschutzes veröffentlichten am 8.3.1938 einen Aufruf in dem die "Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf gegen die Weltgefahr des Bolschewismus" und die Förderung jeder "Bestrebung zur Aussöhnung mit dem nationalen Lager" begrüßt und gefordert wurde.

WIE HÄTTE DAS ALLES VERHINDERT WERDEN KÖNNEN?

Der gemeinsame Feind aller faschistischen Bewegungen ist die ArbeiterInnenbewegung. Deren potentielle Stärke stand im Österreich nach 1918 lange Zeit im dramatischen Gegensatz zur Schwäche der faschistischen Kräfte, bzw. der gesamten herrschenden Klasse, die ihre Herrschaft zu keinem Zeitpunkt wirklich stabilisieren konnte. Selbst den raschen Einmarsch der Nazis 1938 führte der Zeitzeuge Georg Scheuer zu einem wesentlichen Teil auf die Gefahr einer schnellen "Wiederbelebung der Arbeiterbewegung" zurück. Von den wichtigsten Teilen der österreichischen Eliten wurde der "Anschluss" begrüßt, oder zumindest als notwendiges Übel hingenommen. Erst durch den Nationalsozialismus schien die rote Gefahr für die Bourgeoisie endgültig beseitigt zu sein - auch wenn es Zehntausenden Jüdin, anderen rassistisch "Minderwertigen" und politisch Andersdenkenden das Leben kosten sollte. Doch erst die Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung hatten diese Entwicklung ermöglicht. Wie kam es dazu? Zu keinem Zeitpunkt waren vor allem die FührerInnen SDAP bereit, der Gefahr von Rechts konsequent zu begegnen und die gesamte Stärke der Bewegung auszuspielen. Denn das hätte unmittelbar den Kapitalismus in Frage gestellt - und die sozialistische Revolution wollte die Sozialdemokratie nicht. 1918/19 wurde von ihr der Sturz des Kapitalismus verhindert, in der Folge führte das Zurückweichen vor dem Faschismus zu einer ganzen Serie von Niederlagen. Im Widerstand wurde diese defensive Haltung - trotz vieler heldenhafter Aktionen - weitergeführt: Auch die Hoffnung auf Schuschnigg verhinderte 1938 ein letztes Losschlagen gegen den drohenden "Anschluss". Auch wenn es nachträglich keinerlei Garantie gibt, dass eine Massenbewegung von links im März 1938 Hitler letztlich verhindern hätte können - die Voraussetzungen für die schnelle und umfassende Errichtung des NS-Terrorregimes hätten sich wesentlich verschlechtert. Berichte von den letzten Tagen vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht zeichnen jedenfalls keineswegs das Bild einer umfassenden "nationalsozialistischen Volkserebung". Vielmehr kam es noch Stunden vor dem Anschluss auch zur Vertreibung brauner Horden aus den ArbeiterInnenvierteln!

UND HEUTE?

Wenn heute noch ein Dollfuß Bild im ÖVP-Parlamentsklub hängt, droht morgen zwar nicht der Faschismus. Dieses Symbol steht allerdings dafür, dass die Bourgeoisie letztlich zu allem bereit ist um ihre Macht zu erhalten. 70 Jahre nach dem Februar 1934 tritt der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und autoritären Maßnahmen deutlich wieder hervor. Das Erbe der FebruarKämpfer hochzuhalten, heißt heute aus ihren Erfahrungen zu lernen. Und rechtzeitig gegen Kapitalismus und für eine sozialistische Alternative aktiv zu werden.

VERANSTALTUNG:

"70 Jahre danach - Welche Lehren ziehen wir heute aus den FebruarKämpfen von 1934?"
Donnerstag, 12. Februar 2004 um 19 Uhr
Amerlinghaus, Stiftgasse 8

Klassenkampf in der Schule!

Die SchülerInnen sollen in einem neuen Unterrichtsmaterial mit Börsenbullen vertraut gemacht werden - auf die Bären wird vorsichtshalber vergessen.



Dass das Bildungsministerium nicht im Sinne der Lernenden und der Lehrenden handelt, sondern viel mehr im Interesse der Wirtschaft, ist spätestens seit den Studiengebühren ein offenes Geheimnis. Aber auf welche Art und Weise die These von Karl Marx "Die herrschende Meinung ist die Meinung der Herrschenden" auch heute Richtigkeit erlangt, ist oftmals erschreckend. Das Unterrichtspaket Kapitalmarkt ist dafür ein Beispiel.

VON PETER REGNER,
SCHÜLERINNENVERTRETER,
BRG WIEN-GLASERGASSE

Am 13. November hat das "Kuratorium für den österreichischen Kapitalmarkt"¹ in Kooperation mit dem Bildungsministerium das Unterrichtspaket "Der österreichische Kapitalmarkt" bei einer Pressekonferenz vorgestellt. "Zusammenhänge zwischen Unternehmensfinanzierung, Arbeitsplätzen, Wertpapieren, Altersvorsorge werden auf leicht verständliche Weise erläutert" heißt es in den Presseunterlagen.

WIR KÖNNEN ALLE REICH WERDEN!

Das Unterrichtsmaterial - bestehend aus Begriffslexikon, LehrerInnenhandbuch, Folien zur grafischen Darstellung und einigen Lernspielen (wie z. B. Suchrätsel) alles zum Thema - wurde an Österreichs Schulen verschickt und wird bereits verwendet. Im gesamten Unterrichtsmaterial wird versucht, den Lernenden einen Zugang zum Kapitalmarkt und die dafür "nützlichen" Begriffe näher zu bringen. Neoliberale Mythen und Propaganda scheinen dabei unvermeidbar: "Wir können doch alle reich werden, wenn wir richtig investieren!"

KRISEN GIBT'S NICHT

Völlig abgehoben von der Realität wird versucht zu vermitteln, wie der Kapitalmarkt funktioniert. Es wird nicht erklärt, dass er - in der Praxis - des Öfteren zusammenbricht. Die Welt der Aktien, Anleihen etc. aber auch privater Pensionsvorsorge wird fast ohne die im Kapitalismus vorprogrammierten Krisen wie Börsencrash gezeichnet. Nur kurz wird im LehrerInnenhandbuch eingestanden: "Die Weltwirtschaftskrise setzte auch der Wiener Börse stark zu." Mehr findet sich über die 1920er und 30er-Jahre, die Massenarbeitslosigkeit und das soziale Elend nach dem Krach der Wallstreet nicht. Das LehrerInnenhandbuch geht sogar soweit, eine

indirekte Kaufberatung und -motivation für Wertpapiere auch für Kleinanleger zu geben! Es wird, zwar durchaus auch das Risiko der unterschiedlichen Investitionsmöglichkeiten angesprochen. Trotzdem ist die Grundthese, dass es keinen Grund zur Sorge gäbe, wenn die Kurse "kurzfristig" fallen. Fragt sich nur ob das auch gilt wenn es sich dabei etwa um Gefahr handelt, die gesamte Pension zu verlieren.

WERTPAPIERE ALS WIRTSCHAFTSMOTOR?

An mehreren Stellen wird ein großer Kapitalmarkt als essenziell für Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Fortschritt beschrieben. Sogar der "Finanzierung von Innovationen, Forschung und Entwicklung" soll Kapitalmarkt dienen. Doch im Unterschied zur staatlichen Forschung, werden die Ergebnisse einer solchen privaten Forschung auch nur denen zugänglich gemacht werden, die es sich leisten können. Auch sonst sieht die Realität anders aus: Der Großteil des Kapitalmarktes beruht auf Spekulation und nicht Investition, dh. hauptsächlich wird Kapital (meist von kleinen zu den großen Investoren) umverteilt anstatt als Grundlage für Produktion und Fortschritt zu dienen, wie es propagiert wird.

Des Weiteren stimmt die Annahme, dass alle Investitionen Arbeitsplätze schaffen nicht.

DEMOKRATIE DURCH AKTIEN?
"Durch die Ausgabe von Aktien an Mitarbeiter oder das Management können interessante Motivationsmodelle entwickelt werden." heißt es im LehrerInnenhandbuch. Natürlich scheint es verlockend, dass ArbeitnehmerInnen an der Firma beteiligt sind. In der Realität bedeutet das aber, dass sie noch mehr Risiko tragen ohne das sich tatsächlich an den Entscheidungsstrukturen irgendetwas ändert. Aktuelles Beispiel dafür ist der Krach des italienischen Parmalatkonzerns (siehe S.7) wo

derartige Modelle existierten und die Mitarbeiter nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch ihr erspartes Geld verloren haben.

PROPAGANDA FÜR DIE REGIERUNGSPOLITIK!

Bildungsministerin Elisabeth Gehrer unterstreicht selbst, dass das neue Unterrichtspaket auch dazu dient der Regierungspolitik - z.B. die Pensionskürzungsreform - zu rechtfertigen: "Grundlegendes Wissen über die Funktionsweise des Kapitalmarkts dient nicht nur der Stärkung des Wirtschaftsstandortes, sondern erleichtert auch die persönliche Zukunftssicherung etwa im 3-Säulen-Modell." Auch Anleihen zur privaten Pensionsvorsorge werden als sicher und risikolos verherrlicht, ohne zu erwähnen, was ein Börsencrash dann für eine ArbeitnehmerInnenpension bedeutet. Gleichzeitig wird behauptet, private Vorsorge wäre notwendig in Zeiten, in denen der Staat nicht mehr vollständig dafür aufkommen könne (siehe dazu SLP-Broschüre: "Kapitalismus in der Krise - Wer soll das bezahlen?").

EINDEUTIGER KLASSENSTANDPUNKT!

Es steht außer Frage, dass die Unterrichtsmaterialien sehr gut gemacht sind. WelcheR SchülerIn lernt komplexe Zusammenhänge, Vokabeln und anderes nicht gern

in Form von Brettspielen, Puzzeln und übersichtlichen und gut strukturierten Folien? Aber wo sind vergleichbare Unterrichtsmaterialien für den Mathematik-, Physik-, Biologie- oder Geschichtsunterricht? Wie werden die Teile der Bildung, die nicht unmittelbar, sondern nur indirekt für die Wirtschaft relevant sind, vom Bildungsministerium oder von Teilen der Wirtschaft gefördert? Wieso scheint es, als würde das Bildungsministerium in solchen Projekten nur mit WirtschaftsvertreterInnen, aber nicht mit der Gewerkschaft machen? Dieses Unterrichtspaket nimmt einen eindeutigen Klassenstandpunkt ein - den der UnternehmerInnen und der Wirtschaft, während es geschrieben ist als würde die Fakten objektiv aufzeigen. Bei solchen Themen kann es keine Objektivität geben, jedoch wäre es richtig, die Thematik aus dem Standpunkt zu beleuchten, auf dem 90 % der Bevölkerung stehen - dem der ArbeitnehmerInnen.

DISKUSSION ZUM THEMA:

Freitag, 13. Februar um 18.30
Peer Gynt, Jägerstr. 38, 1200 Wien

¹ Zusammenschluss zwischen der Wiener Börse, dem Bundesministerium für Finanzen bzw. Regierungsbeauftragter für den Kapitalmarkt, Wirtschaftskammer, einige namenhafte Banken und andere wesentliche VertreterInnen der Wirtschaft und der UnternehmerInnen

SLP in eigener Sache:

Die SLP-Treffpunkte:

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-WEST

Jeden Mittwoch um 19.30 Uhr, Club International, 16., Payerg. 14

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MARGARETEN

Jd. Donnerstag 19.30 Uhr; Bunte Kuh, 5., Zentag./ Siebenbrunneng.

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-MITTE

Jeden Mittwoch um 19.00 Uhr im Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8

SLP-ORTSGRUPPE WIEN-NORD:

Jeden Freitag, 19.00 Uhr, "Peer Gynt", 20., Jägerstr. 38

SLP-LINZ:

Jeden Samstag, 19.00 Uhr "Alte Welt" (Hauptplatz)

SLP-SALZBURG

Anzutreffen jeden Dienstag bei den Treffen von SWI in Salzburg, 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN (WIEN):

Treffen und Themen bitte erfragen: slp@slp.at oder (01) 524 63 10

Die SWI-Treffpunkte:

SWI IN WIEN

Jeden Montag um 18.00 Uhr, Amerlinghaus, Wien 7, Stiftgasse 8

SWI IN SALZBURG

jd. Di. 19.00 Uhr im "Shakespeare" (beim Mirabellplatz)

* weitere Treffen bitte erfragen



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteiisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:
Tel.: 01/524 63 10

Aktiv mit SLP und SWI: Jetzt auch in Amstetten!

Am 7.1. lud die SLP in Linz zu einer spannenden Diskussion mit einem Vertreter der Gewerkschaftsfraktion AUGE (steht den Grünen nahe).

Kollegen von der Eisenbahn, aus dem Metallbereich und SchülerInnen nahmen teil. Die Grünen bilden in OÖ mit der ÖVP die Landesregierung und koalieren in Ried/Innkreis sogar mit der rechtsextremen FPÖ! AktivistInnen der SLP betonten, dass es auch für viele (ehemalige) WählerInnen der Grünen nun darum geht, sich gegen die weiteren Sozial-Angriffe gemeinsam zu wehren - auch gegen "Grün-Schwarz". Der Vorschlag, den europaweiten Aktionstag gegen Privatisierung und Sozialabbau am 2./3. April als Anlass für eine

große Mobilisierung zu nehmen, wurde positiv aufgenommen. Nach Aussagen der Eisenbahner ist bei den ÖBB (derzeit Dienstrechte-Verhandlungen) ein weiterer Arbeitskampf im Frühling durchaus möglich.

Der Kampf gegen Rassismus und rechtsextreme Gewalt steht im Mittelpunkt der Arbeit der Jugendorganisation Sozialistischer Widerstand International (SWI). Margarita aus Wien zur Kundgebung "Keine Mauer um Europa" in Wien Floridsdorf vom 24.1: "Menschen, deren Asylansuchen nicht einmal angehört wurden, werden in ihr Heimatland zurückgeschickt, wo sie verfolgt werden oder verhungern müssen. Und diese Asylbestimmungen sollen mit 1. Mai noch ver-

schärfen werden." Diese Aktion wurde aufgrund der Initiative von SWI- und SLP-AktivistInnen auch vom "SchülerInnen-Parlament" unterstützt. Auch aus den Bundesländern gibt es viel zu mitzuteilen. Laura: "In der Umgebung Amstettens werden rechte Gruppen stärker. Linke Jugendliche berichten von gewalttätigen Übergriffen, auf Bahnhofsbänken findet man Nazischmierereien. Anfang Jänner fand bereits das dritte Treffen von SWI in Amstetten statt, an dem SchülerInnen, Lehrlinge und Arbeitslose teilnahmen. Diskutiert wurde der Zusammenhang von Jugendarbeitslosigkeit, Sozialabbau und das Erstarken rechtsextremer Gruppen. Für eine Veranstaltung unter dem

Motto "Nazis stoppen - aber wie?" haben wir gemeinsam ein Flugblatt erstellt und vor Schulen und im Einkaufszentrum verteilt." In Salzburg fand am 4. Jänner ein Kurzseminar statt. Es wurde darüber gesprochen, wie Massenbewegungen gegen die Auswirkungen des Kapitalismus erfolgreich sein können und warum so viele Versuche bisher gescheitert sind. Neben Theorie darf die praktische Arbeit nicht zu kurz kommen. Am 24.1. führten SWI und SLP mit anderen eine Gegenkundgebung zu einem Aufmarsch radikaler Abtreibungsgegner am Alten Markt durch.

BRITANNIEN:
WAHLERFOLG FÜR SOCIALIST
PARTY BEI LOKALWAHLEN

"Dont worry, we always vote Socialist". Dank konsequenter sozialistischer Politik kann die Socialist Party, Schwesterpartei der SLP in Britanniens, einen Wahlerfolg bei den Lokalwahlen in Lewisham, einem Stadtteil von London verzeichnen. Socialist Party Kandidat Chris Flood ist nun mit 590 von 1228 Stimmen neben Ian Page der zweite Gemeinderat der SP in Lewisham. Die Wahl ist eine klare Absage an die Politik New Labours in Lewisham. Die SP führt dort gemeinsam mit AnrainernInnen, Eltern und Lehrern eine Kampagne für eine neue Schule, gegen den Widerstand der Labour Party.

Neues aus dem CWI
www.socialistworld.net

NIGERIA
GENERALSTREIK GEGEN
BENZINPREISERHÖHUNGEN

Zum dritten Mal in sieben Monaten ruft der Nigerianische Labour Congress zu einem Generalstreik gegen Benzinpreiserhöhungen auf. Hintergrund ist der Versuch Präsident Obasanjos eine Steuer auf Benzin einzuführen. Bereits im Oktober hatte die Gewerkschaftsführung in der letzten Minute einen Generalstreik für versprochene Zugeständnisse von Seiten der Regierung abgeblasen, Zugeständnisse die aber nicht umgesetzt wurden. Die Mitglieder des Democratic Socialist Movement (DSM), CWI in Nigeria, sind in die Mobilisierung für den Generalstreik voll eingebunden, über Einzelgewerkschaften, Studierendenorganisationen und lokale Bündnisse. Die DSM fordert dass der Kampf sich nicht nur gegen die Benzinpreiserhöhung selbst richtet, sondern auch gegen die undemokratische, proimperialistische Regierung Obasanjos. Nötig dafür ist eine Bewegung die für eine Regierung im Interesse der ArbeiterInnen und armen ländlichen Bevölkerung in Nigeria kämpft, eine sozialistische Alternative zur Krise in Nigeria.

Italien:

Streiks, Parmalat und Regierungskrise

Italiens Wirtschaft ist in der Krise - und das wird auf dem Rücken der ArbeiterInnen ausgetragen. Während die Zeitungen regelmäßig Geldwäschericks der Chefs des zusammenbrechenden Parmalat-Konzerns aufdecken, müssen die Beschäftigten im Transportsektor sich einen Inflationsabgleich ihrer Löhne mit unzähligen wilden Streiks erkämpfen.

**VON PHILIPP FLEISCHMANN,
AUS GENUA**

Vor vier Jahren, 2000, wurde mit dem damaligen Lohnabschluss der Straßenbahn-, Autobus- und U-Bahn-LenkerInnen gleichzeitig ein Inflationsabgleich mit 1. Januar 2002 vereinbart. Den haben sie bis heute nicht gesehen. Mittlerweile sind auf diese Weise 106 Euro an Lohnverlust zusammengekommen - und den fordern die StraßenbahnerInnen jetzt. Um Ministerium und Arbeitgebervertreter überhaupt zu Verhandlungen über diese Angleichung zu bringen, waren zwölf nationale Streiks nötig. Nach zwei weiteren, teilweise "wilden" Streiks unterzeichneten die drei großen Gewerkschaftsbünde CGIL, CISL, und UIL am 20. Dezember einen skandalösen Kompromiss: Gestaffelte Lohnhöhung bis zu höchstens 81 Euro anstatt des vollen Inflationsabgleichs plus ein paar hundert Euro Einmalzahlung als Entschädigung für die zwei verlorenen Jahre seit dem eigentlich vereinbarten Termin. Das brachte die

Bewegung erst richtig ins Rollen. Am 21. bis 23. Dezember wurde ein Großteil der italienischen Städte von sogenannten "wilden" Streiks lahmgelegt.

WAS SIND "WILDE" STREIKS?

Generell sind das Streiks die gegen den Willen der Gewerkschaften organisiert werden. In diesem Fall kommt noch hinzu dass es in Italien seit 1993 für die sogenannten "öffentlichen Dienste" (auch wenn großteils ausgliedert oder privatisiert) ein extrem strenges Streikrecht gibt: Streiks zur Stoßzeit sind verboten, ein Streik muss zehn Tage vorher angekündigt werden und der nächste Streik darf erst zehn weitere Tage später abgehalten werden. Außerdem haben die Präfekten (Vertreter der Regierung) begonnen, eine Art "Einberufung zum Dienst" an die Buslenker auszuschicken - wer sich diesen wiedersetzt macht sich noch zusätzlich gerichtlich strafbar. Die unzähligen wilden Streiks - trotz dieser extremen Gangart der Regierung - zeigen die Schärfe der Auseinandersetzung.

zung. Anfang Januar haben die Basisgewerkschaften Cobas die Koordinierung der Streiks übernommen. Die Gewerkschaftsbünde hingegen haben Mitte Januar einen weiteren Vertrag akzeptiert, der die Erhöhung um die vollen 106 Euro für die Transportbeschäftigten von Mailand (die an der Spitze der Bewegung stehen) gegen die Intensivierung der Schichten eintauscht. Sie haben damit der Regierung einen großen Gefallen getan, die bereits seit längerem versucht die nationalen Kollektivverträge zu sprengen. Doch inzwischen haben sich auch die Beschäftigten der Alitalia in Rom des wilden Streiks bedient, um 2.700 Kündigungen zu verhindern - und die Feuerwehrleute Italiens haben bereits mehrmals gestreikt, weil auch ihnen die Erneuerung des Kollektivvertrags verwehrt wird. Laut der jüngsten Umfrage fast 60% der ItalienerInnen hinter den Streikenden - nur ca. 20% sehen die Schuld für die Auseinandersetzung bei den StraßenbahnerInnen.

PARMALAT-KRISE

Das vor allem vor dem Hintergrund der Parmalat-Krise, dem Milchkonzern, der jahrelang Bilanzen gefälscht hat. Hier müssen jetzt, nachdem sich nach dem Auffliegen der Fälschungen



ein Finanzloch in der Größe von 13 Mrd. Euro aufgetan hat, die Beschäftigten um ihren Arbeitsplatz bangen. Der Zusammenbruch von Parmalat hat nach Angaben des Finanzministers das ohnehin fragile BIP einen weiteren Prozentpunkt gekostet. Daneben muss sich Premier Berlusconi bald wieder wegen des Vorwurfs illegaler Finanztransaktionen vor Gericht verantworten. Ebenso rumort es bei den Koalitionspartnern Fini (AN) und vor allem Bossi enorm. Das kann sich in eine günstige Situation für die ArbeiterInnen umwandeln. Die Bereitschaft, verstärkt einigenständig einzutreten zeigen die obigen Beispiele ohne Zweifel. Was fehlt, ist eine Kraft, die die Kämpfe vereint und ihr eine Zielrichtung gibt. Leider bewegt sich die wichtigste ArbeiterInnenpartei, Rifondazione Comunista, zur Zeit in die genau entgegengesetzte Richtung: in Richtung einer Zusammenarbeit mit dem sogenannten Mitte-Links-Bündnis Ulivo und seinem neoliberalen Programm.

Treffen des Weltsozialforums in Mumbai (Indien)

WSF = We sell forum!?

Von 16.-21.1.2004 fand in Mumbai (Indien, früher Bombay) das vierte WSF-Treffen statt. Über 100.000 Menschen von allen Kontinenten, aber vor allem aus Indien waren gekommen. Es gab Veranstaltungen, Demonstrationen und Kultur. Ein erfolgreiches Treffen? Diese Frage zu beantworten hängt stark von den Erwartungen ab. Ich hab es eher als "We sell forum" empfunden.

VON SONJA GRUSCH, MUMBAI

Das WSF ist bunt, laut und lebendig. Ständig ziehen Demonstrationszüge durchs WSF-Gelände, an allen Ecken finden Tänze und Gesänge statt und eine Flut von Material bricht über die TeilnehmerInnen herein. Alles wirkt aktiv, kritisch und belebt. Beim näheren Hinsehen kommen allerdings Zweifel auf. In einem derart armen Land wie Indien werden Hochglanzfalter und dicke Broschüren in 4-Farben-Druck zu hunderttausenden kostenlos verteilt. Die Rolle der NGOs ist keineswegs nur positiv einzustufen. Es finden sich solche gegen Kinderarbeit, für fairen Handel und die Rechte der "Unberührbaren". In diesen Organisationen sind viele Menschen, die ernsthaft bemüht sind, die oft katastrophal schlechte Situation zu verändern. Gerade in Ländern wie Indien werden NGOs aber von Staaten und Organisationen aus den imperialistischen Staaten finanziert mit dem Ziel, von politi-

scher Betätigung, Klassenkämpfen und Organisierung in sozialistischen Organisationen abzulenken. Dies bedeutet in der Praxis, im Rahmen des Kapitalismus kleine Verbesserungen für wenige zu erhoffen, an den zugrunde liegenden Problemen aber nichts zu ändern. Eine ganze Schicht von Menschen wird auf individuelle Lösungen vertröstet und so vom Kämpfen abgehalten. Wie wenig "anders" das WSF ist, wird deutlich in der ständigen Präsenz einer eigenen Security-Polizeitruppe auf dem Gelände.

**VORFÜHRUNGEN FÜR
POLIT-TOURISTINNEN**

Das WSF ist keineswegs ein gleichberechtigter Austausch zwischen Menschen aus verschiedenen Kulturen. Manche NGO's führen "ihre Schäfchen" regelrecht vor. Es werden folkloristische Märsche abgehalten die stark an touristische Vorführungen erinnern. Rund die Hälfte aller Stände sind NGOs, die andere Hälften NGO-Verkaufstände, um



die WSF-TeilnehmerInnen aus den imperialistischen Staaten mit Souvenirs auszustatten. Eine Handvoll sind politische und gewerkschaftliche Organisationen. Auch die Möglichkeiten der TeilnehmerInnen, sich an der Veranstaltung zu beteiligen sind mager. Als normale DelegierteR beschränkt sich die Rolle auf Einstimmen von Informationsmaterial und vielen "Experten" zuzuhören.

DAS CWI AM WSF

Die einzige Organisation mit einer wirklich internationalen Teilnahme ist das CWI - die internationale Organisation der die SLP angehört. Die Delegation des Komitees für eine ArbeiterInnen-

internationale besteht zum Großteil aus GenossInnen aus Indien, Sri Lanka und Australien. Unterstützung gibt es außerdem aus England, Schweden, Russland und Österreich. Im Gegensatz zum Material der NGOs, das fast ausschließlich in Englisch gehalten ist (und damit für viele IndierInnen nicht verständlich ist), hat das CWI Material in fünf verschiedenen Sprachen. Am Stand des CWI finden täglich Diskussionen zu Themen wie "Sri Lanka, Kaschmir, Irak" etc. statt. Eine sozialistische Welt ist nötig Das WSF proklamiert eine "andere Welt" ohne zu erklären, wie diese aussehen soll und wie sie erreicht werden kann. Doch außerhalb der offiziellen Strukturen

findet aber insbesondere zwischen GewerkschafterInnen Informationsaustausch statt. Vom WSF werden ArbeiterInnen nur als eine unter vielen gesellschaftlichen Gruppen gesehen, die potentielle Macht, die die ArbeiterInnenbewegung darstellt, wird ignoriert. Das CWI wies in den 40.000 verteilten Flugblättern und vielen persönlichen Diskussionen auf die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternativen hin.

VERANSTALTUNG in Amstetten:
Bericht vom WSF 2004
mit Sonja Grusch
Samstag, 14. Februar um 16 Uhr
Segafredo am Hauptplatz,
Amstetten

Arbeitsplätze statt Ausländerhetze!

Fight Racism!

Fight Capitalism!



Komm zum Jugendkongress gegen Rassismus und Sozialabbau am 24. und 25. April in Wien!!!

SWI - Sozialistischer Widerstand International(SWI) sagt den zunehmenden rechten Schmierereien und zahlreiche Übergriffe auf MigrantInnen und linke Jugendlichen den Kampf an. Widerstand gegen Rassismus und die Bekämpfung seiner sozialen Ursachen - wie Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot - stehen bei zahlreichen Aktionen auf der Strasse und vor Schulen im Mittelpunkt. Der nächste Höhepunkt unserer Kampagne gegen Rechts wird ein antirassistischer Kongress Ende April sein.

**VON MARIA HÖRTNER,
SLP WIEN-MARGARETEN**

Besonders in den Außenbezirken Wiens und in den Bundesländern sind Nazis wieder verstärkt im Vormarsch. Rechte Gruppierungen erleben einen enormen Zuwachs. Migrantische (MigrantInnen) und linke Jugendliche fühlen sich durch die Präsenz dieser Gruppen massiv bedroht und müssen ständig damit rechnen angegriffen zu werden. Außerdem begegnen einem überall in Wien rassistische Schmierereien, egal ob an Hauswänden, Mistkübeln oder in Straßenbahnen - Schmierereien wie "Drogen = Neg" sind allgegenwärtig.

WOHER KOMMT DER AUF-SCHWUNG FÜR RECHTE IDEEN?
Unserer Meinung nach hat Rassismus soziale Ursachen. Alle Teile der Gesellschaft sind einem immer härteren Kampf unterzogen. Sparen auf Kosten von ArbeiterInnen und Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen ist die Devise. Alle etablierten Parteien haben sich mittlerweile der neoliberalen Logik angeschlossen und führen ein Sparpaket nach dem anderen durch. Die Arbeitslosigkeit ist dieses Jahr so hoch

wie noch nie. Besonders unter Jugendlichen ist die Lage extrem schlecht. An die 40. 000 Jugendliche sind offiziell ohne Job. Und vor allem an Lehrstellen mangelt es. Tausende junge Menschen warten auf einen Ausbildungssitz. Mit rechter, rassistischer Propaganda versucht die österreichische (und EU-)Politik die Aufmerksamkeit von ihrer neoliberalen Kürzungspolitik abzulenken. Hier schließen rechte Gruppierungen an. Sie verbreiten die Lüge, dass AusländerInnen an der schlechten Lage schuld seien, da sie uns ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze wegnehmen. Dies entspricht jedoch keineswegs der Realität. Davon abgesehen, dass MigrantInnen meist die schlechtesten Jobs verrichten müssen, um sich überhaupt über Wasser halten zu können, sind nicht sie die Schuldigen an der miesen sozialen Lage. Bereichern tun sich tatsächlich andere: So wurde laut einer neuesten Studie bekannt, dass Österreichs MinisterInnen mit rund 17. 000 Euro monatlich die höchsten Gehälter im Europa-vergleich beziehen (Standard, 17./18. Jänner 2004). Es reicht unserer Meinung nach nicht, gegen Nazis auf die Straße zu gehen. Es ist extrem wichtig, den

KOMM ZUM KONGRESS AM 24. UND 25. APRIL!

In unserer Kampagne versuchen wir genau auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Mit dem Slogan "Arbeitsplätze statt Ausländerhetze" haben wir bereits einige Kundgebungen und Veranstaltungen durchgeführt. Als Nächstes folgt ein bundesweiter Anti-Rassismus - Kongress, der am 24./25. April in Wien stattfindet. In verschiedenen Arbeitskreisen wollen wir verschiedene Aspekte des Themas beleuchten und über Lösungsstrategien diskutieren. In einem Arbeitskreis zum Thema "Rechte Gruppierungen" sollen beispielsweise diverse Organisationen analysiert und vor allem die Verbindungen zwischen den jeweiligen Gruppen betrachtet werden. Besonderes Augenmerk soll hierbei auch auf

internationale Organisationen gelegt werden. SWI ist auch Teil einer internationalen Organisation und hat schon in zahlreichen Ländern Kampagnen gegen Nazis durchgeführt. Diese wollen wir euch auch kurz präsentieren, um anhand dieser Beispiele aufzuzeigen, wie man/frau gegen Nazis und Rechte aktiv werden und sie bekämpfen kann.

Weiters werden wir in einem Arbeitskreis auf den Aspekt des staatlichen Rassismus eingehen. Ab 1. Mai 2004 tritt das neue Asylgesetz in Kraft, welches extreme Verschärfungen vorsieht. De facto haben ab diesem Zeitpunkt Flüchtlinge kaum noch eine Chance auf eine Aufenthaltsgenehmigung. Sie werden in ihr Land zurückgeschickt, aus dem sie aufgrund von Hunger oder Armut geflohen sind. Wir wollen uns diese Bestimmungen genauer ansehen und der Frage nachgehen, was das der Regierung und der EU bringt.

Zeitgleich mit dem Inkrafttreten der neuen Asylrichtlinien wird die EU um 10 Mitgliedsstaaten größer. Rechte Parteien und Gruppen nützen dies wieder aus, um gegen die neuen Mitgliedsstaaten zu hetzen. Sie schüren Angst vor Arbeitsplatzverlusten durch die auf uns zukommenden "Einwanderungswellen" und damit einhergehend wieder mehr Rassismus. Zur Auseinandersetzung mit dem Thema der EU - Osterweiterung wird auf dem

Kongress eine Podiumsdiskussion stattfinden. Dazu haben wir einen linken Aktivisten aus Tschechien eingeladen, der über die Situation dort berichten wird. Außerdem werden wir ein frauenspezifisches Thema haben., über die Verbindung zwischen Arbeitslosigkeit und Rassismus diskutieren und vieles mehr. Also kommt alle hin, diskutiert mit uns und plant weitere Aktionen. Denn nur gemeinsam können wir die Rechten stoppen!

**VERANSTALTUNG:
Die soziale Situation
von Flüchtlingen in Österreich**
Mittwoch, 3. März um 19 Uhr
Cafe Club International,
Payergasse 14 (Yppenplatz),
1160 Wien

fight racism! fight fascism!



fight racism! fight fascism!
Neue Broschüre von SWI
Preis: EUR 3,00 inkl. Versand
Bestellen: Tel. 01/524 63 10

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden/Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.